

Stadt Allendorf: Stadt will ehemalige jüdische Zwangsarbeiterinnen einladen

Stadt will ehemalige jüdische Zwangsarbeiterinnen einladen

Der Verwaltung liegen 512 Zusagen vor / Finanzierung noch nicht gesichert

Stadtallendorf (mer). Die Stadt will im September oder Oktober nächsten Jahres ein Ehemaligentreffen ungarischer Jüdinnen in Stadtallendorf organisieren. Es handelt sich dabei um die Überlebenden von rund 1000 Jüdinnen, die zwischen März und Mai 1944 aus verschiedenen Teilen Ungarns ins Vernichtungslager Auschwitz verschleppt und von dort ins Lager Münchmühle transportiert wurden, um sie zur Zwangsarbeit in den Allendorfer Sprengstoffwerken zu zwingen. Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung des Treffens sollen in den Händen eines noch zu gründenden Fördervereins liegen. Die Stadt will im Haushaltsplan 1990 rund 200 000 Mark für dieses Unternehmen bereitstellen. Damit wären knapp die Hälfte der Kosten abgedeckt.

Ursprünglich war ein Ehemaligen-Treffen schon für 1989 vorgesehen, aber derzeit liegt außer einer Absichtserklärung noch kein konkreter Beschluß des Stadtparlaments vor, weil der Magistrat seine Vorlage zur jüngsten Sitzung zurückgezogen hat.

Magistrat und Stadtparlament haben sich seit 1986 in mehreren Sitzungen mit der Geschichte Allendorfs während des Zweiten Weltkrieges befaßt. In Hessisch-Lichtenau sind durch die „Geschichtswerkstatt“, einer Einrichtung der Stadt, bereits zwei Ehemaligentreffen durchgeführt worden.

Allerdings wäre der Teilnehmerkreis in Stadtallendorf wesentlich größer als dort. Von der Compensation Treuhand GmbH in Frankfurt erhielt die Verwaltung über 500 Adressen ehemaliger Jüdinnen, um durch eine Fragebogenaktion die früheren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu ermitteln. Gleichzeitig fragte die Stadt an, ob Interesse an einem Ehemaligentreffen besteht.

Inzwischen liegen der Stadt 512 Zusagen vor, und zwar von 280 Betroffenen und 232 Begleitpersonen. Immerhin sind

die Frauen teilweise im fortgeschrittenen Alter und können aufgrund ihres Gesundheitszustandes nicht mehr allein nach Stadtallendorf reisen. Von den 283 interessierten ehemaligen Zwangsarbeiterinnen kommen 110 aus Israel, 91 aus Ungarn, 31 aus den Vereinigten Staaten, 15 aus der Tschechoslowakei, 11 aus Kanada, 8 aus Australien. Die übrigen wohnen heute in Argentinien, Brasilien, Chile und in verschiedenen europäischen Ländern.

Da die Bahn- und Flugkosten nicht vollständig übernommen werden können, hat der Haupt-

und Finanzausschuß eine Stafelung vorgeschlagen. Für Flüge will die Stadt zwischen 1000 und 2000 Mark übernehmen.

Unterkunft und Verpflegung sowie weitere Kosten will die Stadt nach der bisherigen Magistratsvorlage ganz tragen. Bisher hat die Verwaltung die Gesamtkosten des Treffens auf 413 000 Mark veranschlagt. Der Kreis hat 100 000 Mark Zuschuß zugesagt. Das Auswärtige Amt hat 8000 Mark in Aussicht gestellt, und von der Staatskanzlei in Wiesbaden werden weitere 25 000 Mark erwartet.

OP

Oberhessische Presse
Donnerstag, 8. Juni 1989